

Familienpolitik **Familien stärken**

0. Inhalt
1. Familien heute
2. Familie ist wichtigste Verantwortungsgemeinschaft
3. Familienpolitik als Familienvorrangpolitik
4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mehr Chancen für Familien
 - 4.1. Familienfreundliche Arbeitswelt
 - 4.2. Kinderbetreuung
5. Finanzielle Entlastung für Familien
6. Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern
 - 6.1. Eltern stärken – frühzeitig und vielfältig
 - 6.2. Kinderbetreuungseinrichtungen
 - 6.3. Schule
 - 6.4. Bildungs- und Beratungseinrichtungen
 - 6.5. Kommunen
7. In Unionsregierten Ländern leben Familien mit Kindern besser

1. Familien heute

Ehe und Familie sind zentrale Fundamente unserer Gesellschaft. Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Die heutigen Rahmenbedingungen werden der Situation der Familien nicht mehr gerecht. Die Lebensvorstellungen und Lebensbedingungen der Menschen haben sich in den letzten Jahren verändert.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir fest: die Lebenswirklichkeiten in der deutschen Gesellschaft haben sich tief greifend verändert, auch wenn die Familie die attraktivste Lebensform geblieben ist. Nach wie vor geben bei Umfragen mehr als 80 Prozent aller jungen Menschen in Deutschland an, dass sie eine Familie gründen wollen. Im Schnitt wünschen sie sich 2,2 Kinder. Tatsächlich aber haben Frauen in Deutschland nur 1,37 Kinder (2007). Fast 30 Prozent der Frauen bleibt kinderlos. Damit werden in Deutschland heute deutlich weniger Kinder geboren als in den meisten anderen europäischen Ländern. Weltweit betrachtet rangiert Deutschland mit seiner niedrigen Geburtenrate unter 190 Ländern sogar nur auf Platz 185.

Die Ursachen für die enorme Lücke zwischen Kinderwunsch und tatsächlicher Geburtenzahl sind vielfältig. Nach einer Studie des Meinungsforschungsinstituts

Allensbach, die im Auftrag der baden-württembergischen Landesregierung durchgeführt wurde, führen Kinderlose als Gründe gegen eigene Kinder die Angst vor finanziellen Belastungen, das Gefühl für Kinder noch zu jung zu sein, die Unvereinbarkeit mit den eigenen Karriereplänen, das Fehlen einer stabilen Partnerschaft und das Bedürfnis nach Unabhängigkeit und Freiräumen an. Wie die Studie zeigt, bleibt Frauen hierzulande häufig wenig Zeit, um Kinder zu bekommen: 85 Prozent der Befragten wollen zuerst die Ausbildung abschließen und einige Jahre Berufserfahrungen sammeln, bevor sie eine Familiengründung in Erwägung ziehen. Durch die langen Ausbildungszeiten beschäftigen sich die meisten Paare mit der Frage nach dem Nachwuchs erst, wenn sie älter als 30 Jahre sind. Doch schon mit Anfang bis Mitte 30 – auch das ergab die Befragung des Allensbach-Instituts – nimmt der Kinderwunsch stark ab.

Die individuellen Gründe für den fehlenden Nachwuchs können nicht immer eindeutig bestimmt werden. Die gesellschaftlichen Auswirkungen stehen dagegen heute schon fest: Der dramatische Rückgang der Kinderzahlen und die stetig steigende Lebenserwartung führen dazu, dass unsere Gesellschaft schnell altert und langfristig die Bevölkerungszahl schrumpft. Damit nimmt die Zahl der potentiellen Eltern ab. Das Durchschnittsalter wird in Deutschland von heute 40 auf etwa 50 Jahre in 2050 steigen. Es ist also abzusehen, dass die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft in eine Schieflage geraten werden, weil immer weniger Werktätige immer mehr alte Menschen versorgen müssen. Auch der Wirtschaft werden die jungen Arbeitskräfte ausgehen, Risikobereitschaft und Innovationsfreude werden zurückgehen. Ganz abgesehen davon, dass eine Gesellschaft ohne Kinderlachen und ohne jugendliche Neugier wenig erstrebenswert erscheint. Denn Kinder sind eine Bereicherung der Gesellschaft. Kinder bedeuten Zukunft.

Stark angestiegen ist die Zahl der allein erziehenden Eltern, insbesondere der unverheirateten Alleinerziehenden. Jede dritte Ehe wird geschieden und in 55 Prozent der Scheidungen sind minderjährige Kinder betroffen. Zunehmend entstehen neue Familien- und Partnerschaftsstrukturen mit komplexen Verwandtschafts- und Beziehungsverhältnissen.

Die von der Arbeitswelt geforderte Flexibilität und Mobilität führt dazu, dass Familien nicht mehr in einem engen Netz von Verwandtschaftsbeziehungen leben.

Ebenso hat sich die Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Ehe und Familie verändert. Junge Menschen verstehen Partnerschaft heute so, dass sie in der Ehe eigene Wege gemeinsam gehen wollen. Männer wollen sich stärker um ihre Rolle als Väter kümmern. Frauen wollen immer mehr nicht einseitig auf die Rolle der Mutter und Ehefrau festgelegt sein, sondern Beruf und Familie vereinbaren. Gewandelt haben sich auch die Erziehungskonzepte von Eltern und die Ausprägung der Eltern-Kind-Beziehung.

Die Lebensstile der Menschen sind außerordentlich vielfältig geworden. Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wer teilweise oder vorübergehend ganz auf Erwerbsarbeit verzichtet, um Familienarbeit zu leisten und Kinder zu erziehen, dem fehlen Beitragszeiten in der Alterssicherung.

2. Familie ist wichtigste Verantwortungsgemeinschaft

Familie ist mehr als die Erziehung kleiner Kinder. Familie erstreckt sich über die Generationen. Familie ist erst und nur dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Männer und Frauen partnerschaftlich füreinander und als Väter und Mütter für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Deshalb ist der besondere Schutz, unter den das Grundgesetz Ehe und Familie stellt, nach wie vor gut begründet.

Die Familie ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. In der Familie wachsen Kinder auf, in ihr werden Alte behütet. Familie bietet heute mehr Rückhalt als früher. Familien spiegeln den Wandel und den Lauf menschlichen Lebens wider. Familie ist kein Auslaufmodell, im Gegenteil: im Zeitalter der Globalisierung ist sie Müttern und Vätern heute wichtiger denn je. 80 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft leben in Familien. Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten damit zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstellt. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kindern geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel. Die Erziehungsleistung der Familien kommt im Ergebnis auch denen zugute, die

selbst keine Kinder erziehen. Es ist deshalb ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Familien im umfassenden Sinne staatlich zu fördern.

3. Familienpolitik als Familienvorrangpolitik

Die CDU versteht Familienpolitik als Familienvorrangpolitik. Dabei spielt die finanzielle Förderung der Familie eine wesentliche, aber nicht die alleinige Rolle. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangige Aufgabe und Leistung der Eltern. Diese Verantwortung kann niemals durch den Staat alleine übernommen werden. Unser Verständnis vom Menschen – auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes – bedeutet deshalb immer ein gegenseitiges Geflecht von Erwartungen des Einzelnen an die Gesellschaft und der Gesellschaft an den Einzelnen.

Kindern fordern ihre Eltern und das zu Recht. Die Entscheidung für Kinder bedeutet, dass Eltern Zeit, Liebe und Zuwendung für ihre Kinder aufbringen. Diese Grundeinstellung spiegelt sich deshalb auch in den Eckpunkten unserer Politik für Familien, Eltern und Kinder wider. Wenn es um die finanzielle Förderung von Familien geht, wird immer gelten: Der Staat kann den Familien nicht alle finanziellen Belastungen abnehmen. Er muss dies auch nicht tun. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangig eine Aufgabe der Eltern, die nicht vollständig in Mark und Pfennig aufgewogen werden kann.

Die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas sowie die Beseitigung struktureller Benachteiligungen sind nicht weniger wichtig als eine gerechte finanzielle Förderung. Grundsätzlich gilt: Die Förderung von Familien muss sicherstellen, dass die Entscheidung für Kinder und ihre Erziehung nicht zu einer gravierenden finanziellen Schlechterstellung gegenüber Kinderlosen führt.

Den entscheidenden Schritt in eine zeitgemäße Familienförderung machen wir mit unserem Konzept zur Familienpolitik, das auf drei Säulen beruht:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Finanzielle Entlastung für Familien
- Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mehr Chancen für Familien

Wer heute eine Familie gründet, will selbst bestimmen, wie er sein Leben mit Kindern gestaltet. Kind oder Beruf und Kind und Beruf – alle Modelle müssen heute möglich sein und von der Gesellschaft anerkannt werden. Eltern wollen und sollen selbst entscheiden, ob und wie sie für die Betreuung ihrer Kinder selbst sorgen oder Betreuungsangebote, z.B. von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten, Horten bis hin zur Ganztagschule nutzen wollen. Hauswirtschaftliche Dienstleistungszentren oder sozialversicherungspflichtig beschäftigte Haushaltshilfen können ebenso eine individuelle Lösung sein. Deshalb wollen wir zu mehr regulären Arbeitsplätzen im Privathaushalt kommen.

Viele Frauen wünschen sich heute, Kinder und Beruf miteinander vereinbaren zu können – und viele Männer wollen (und sollen) sich stärker in die Erziehung ihrer Kinder einbringen. Wer Kind und Karriere unter einen Hut bringen will, benötigt einen familienfreundlichen Arbeitsplatz und ein deutlich verbessertes Betreuungsangebot für Kinder.

Vor die Frage gestellt, ob wir in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die jobgerechte Familie oder den familiengerechten Job wollen, fällt die Entscheidung nicht schwer. Wir müssen Mittel und Wege finden, unser Arbeitsleben familienfreundlicher zu organisieren. Die Behauptung, dies sei unmöglich, ist von der Erfahrung widerlegt. Es gibt bereits viele Unternehmen, die mit flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitsformen, mit Hilfen bei der Kinderbetreuung ihre Mitarbeiter unterstützen. Sie machen die Erfahrung, dass sich der Einsatz familienfreundlicher Maßnahmen rechnet. Denn die Mitarbeiter entwickeln eine enge und positive Bindung zum Unternehmen, die Identifikation mit dem Unternehmen ist hoch, der Krankenstand wird deutlich gesenkt und die Produktivität der Mitarbeiter ist außergewöhnlich hoch. Familienfreundlichkeit nützt also beiden Seiten.

4.1. Familienfreundliche Arbeitswelt

Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt, die Müttern und Vätern bessere Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit bietet, verbesserte Möglichkeiten schafft, Kontakt zum Erwerbsleben zu halten und einen reibungslosen Wiedereinstieg in eine Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit nach einer Familienzeit ermöglicht. Tarifverträge oder

betriebsinterne Vereinbarungen sollen so gestaltet sein, dass sie Eltern die Ausübung ihres Berufes erleichtern bzw. ermöglichen. Hier sind eine Reihe von konkreten Maßnahmen erforderlich. Wir befürworten die Möglichkeit von Teilzeitbeschäftigung bei Kindererziehung und Pflege naher Angehöriger, damit Väter und Mütter gleichermaßen die Familie mit dem Berufsleben verbinden können.

Mitmachen müssen auch die Unternehmen. Unsere Wirtschaft braucht nicht nur qualifizierten Arbeitskräftenachwuchs, sie braucht auch die Leistung der Familien, um im Wettbewerb bestehen zu können. Wir müssen die Unternehmen überzeugen, dass sich Familienfreundlichkeit lohnt – für Familien und Arbeitgeber. Unser Ziel: familiengerechte Jobs statt jobgerechter Familien. Wir setzen uns bei der Wirtschaft, den Verbänden und den Gewerkschaften für familienfreundliche Arbeitsplätze ein. Wir wollen

- mehr Flexibilität am Arbeitsplatz
- flexiblere Arbeitszeitmodelle
- mehr Teilzeitarbeit für Mütter und Väter/Telearbeit
- den beruflichen Wiedereinstieg für Mütter und Väter verbessern
- mehr Flexibilität für Mütter und Väter bei der Inanspruchnahme der Elternzeit
- gleiche Chancen für Frauen im Beruf.

Am 5. Juli 2006 wurde zur Verwirklichung einer familienfreundlichen Arbeitswelt das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ gegründet. Mehr als 2000 Unternehmen haben sich seither angeschlossen und zeigen positive Beispiele für eine familienbewusste Arbeitswelt. Mehr als 560 „Lokale Bündnisse für Familien“ setzen in allen Bundesländern wichtige Impulse für familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

Im Oktober 2006 haben sich die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, und die Bundesfamilienministerin, Dr. Ursula von der Leyen, mit Vertretern aus Wirtschaft und Gewerkschaften auf gemeinsame Grundsätze und neue Wege zu einer „familienbewussten Arbeitswelt“ verständigt.

Der Teilzeitanpruch nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz sowie der Anspruch auf eine dreijährige Elternzeit sind erhalten geblieben. Mit der Großelternzeit hat die CDU-

geführte Bundesregierung die Möglichkeit für junge Mütter geschaffen, ihre begonnene Ausbildung zu beenden.

Das Regierungsprogramm für 2009 – 2013 sieht eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor. Gefragt sind familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien. Dazu gibt es viele Wege: Familienbedingte Teilzeit, abgestufte Teilzeit nach Erziehungsfreistellung, Kinder-Bonuszeit, Zeitkonten, Telearbeitsplätze, Familienphasen für Mütter und Väter für die Betreuung der Kinder, aber auch von Pflegebedürftigen. Die bisher dominierende starre Ausrichtung der Arbeitswelt auf Vollzeitstrukturen lässt zu wenig Raum, die berufliche Entwicklung mit einer Familienphase zu verbinden. Wir wollen Anreize geben, mit regelmäßigen und umfassenden Audit-Verfahren (selbst gewählte Prüfungsverfahren) die Entwicklung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen voranzubringen. Dabei muss der Öffentliche Dienst beispielgebend vorgehen.

4.2. Kinderbetreuung

Auch die Kinderbetreuung muss in unserem Land eine größere Rolle spielen. Zwar gibt es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahre. Doch sind aus Elternsicht die Gruppengröße und die Öffnungszeiten keineswegs zufrieden stellend.

Eltern klagen über eine zu geringe Zahl von Betreuungsplätzen besonders im Ganztagsbereich und über für Berufstätige – auch Teilzeitbeschäftigte – völlig ungeeignete Öffnungszeiten.

Wir wollen erreichen, dass bis zum Jahr 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung auch für die unter Dreijährigen verfügbar ist. Bis zum Jahr 2010 entstehen 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege. Darüber hinaus halten wir im Regierungsprogramm für 2009 – 2013 daran fest, für Kinder unter drei Jahren bis 2013 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Wir werden die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein Betreuungsgeld monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld ist unbürokratisch

auszugestalten. Wenn die Ausbauziele für die Kinderbetreuungseinrichtungen bereits vor 2013 erreicht werden, wollen wir auch das Betreuungsgeld vorzeitig einführen.

Durch ganztägige Angebote wird es Eltern leichter gemacht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen ein.

Es muss durch pädagogische Maßnahmen sichergestellt werden, dass alle Kinder bei Schuleintritt über die notwendige Schulreife verfügen. Im Regierungsprogramm 2009 – 2013 haben wir uns mit der CSU darauf verständigt, den Kindergartenbesuch langfristig beitragsfrei zu ermöglichen. Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.

5. Finanzielle Entlastung für Familien

Der CDU ist es nicht gleichgültig, wenn eine Million Kinder in Deutschland von der Sozialhilfe abhängig sind, Eltern nicht wissen, wie sie am Monatsende über die Runden kommen sollen und Kinderlose die Angst vor finanziellen Belastungen als einen der wichtigsten Gründe nennen, warum sie keine Kinder haben.

Familien leisten die wichtigste Arbeit in einer Gesellschaft: Sie erziehen die Kinder und sorgen somit heute für den Fortbestand und das Funktionieren unserer Gesellschaft in der Zukunft. Diese Arbeit wird honoriert – Eltern werden finanziell entlastet.

- Ab 2007 wird ein einkommensunabhängiges Elterngeld gezahlt. Das **Elterngeld** sichert Eltern nach der Geburt eines Kindes bis zu vierzehn Monate lang finanziell ab; das halbierte Elterngeld auf Wunsch auch bis zu 28 Monate. Es beträgt zwei Drittel des Nettoeinkommens. Geringverdiener und Nichterwerbstätige erhalten ein Mindestelterngeld von 300 Euro. Die Union hat die Partnermonate 12+2- Lösung und die Ausdehnung des Geschwisterbonus bei Geburten in kurzer Folge auf 36 Monate durchgesetzt.
- Der **Kinderzuschlag** für gering verdienende Eltern ist ausgeweitet worden: mehr Eltern als zuvor erhalten den Kinderzuschlag. Eltern mit geringen Einkommen

können zukünftig zeitlich unbegrenzt den **Kinderzuschlag** erhalten. Bisher war die Bezugsdauer auf 36 Monate begrenzt. Mit der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags durch die Senkung der Mindesteinkommensgrenze (Paarhaushalte 900 Euro und Alleinerziehende 600 Euro) wurde ab Oktober 2008 106.000 Familien mit rund 250.000 Kindern (davor 100.000 Kindern) geholfen.

- Alle Familien können **Kinderbetreuungskosten** seit 2006 steuerlich stärker geltend machen: Erwerbstätige Eltern und Alleinerziehende können für jedes Kind bis 14 Jahre zwei Drittel der Betreuungskosten bis max. 4.000 Euro jährlich von der Steuer absetzen; alle anderen Eltern für ihre Kinder von 3 bis 6 Jahren ebenfalls bis zu 4.000 Euro pro Kind und Jahr.
- Haushaltsnahe Dienstleistungen und private Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushalt werden stärker als bislang steuerlich gefördert.
- Die Kinderzulage in der „Riester-Rente“ für die ab 1.1.2008 geborenen Kinder wurde von 185 Euro auf 300 Euro jährlich erhöht.
- Zum Jahresbeginn 2009 sind Kindergeld und Kinderfreibeträge erhöht worden.
- Hilfebedürftige Kinder erhalten bis zur 13. Klasse jeweils zum Schuljahresbeginn eine zusätzliche Leistung für Schulbedarf in Höhe von 100 Euro.
- Für 2009 wurde im Rahmen des Konjunkturpaketes II ein einmaliger Kinderbonus von 100 Euro pro Kind gezahlt.

Im Regierungsprogramm 2009 bis 2013 von CDU und CSU haben wir uns folgende Ziele gesetzt:

- Wir wollen das Ehegattensplitting zu einem realen Familiensplitting ausbauen, sobald sich finanzielle Spielräume ergeben: der Grundfreibetrag soll auch für Kinder auf 8.004 Euro angehoben werden. Damit verbunden ist auch die Anhebung des Kindergeldes.
- Weil es Familien mit mehreren Kindern besonders schwer haben, wollen wir das Kindergeld für das dritte und jedes weitere Kind anheben.
- Wir wollen die Bedingungen für den Kinderzuschlag weiter verbessern. Es darf nicht sein, dass erwerbstätige Eltern auf die Grundsicherung angewiesen sind, nur weil sie Kinder haben.

- Wir wollen die von den öffentlichen Händen für Familien und Kinder aufgewendeten Mittel pro Kind erhöhen. Sinkende Kinderzahlen sollen nicht zu Minderausgaben für Familienförderung, Kinderbetreuung oder Bildung führen. Wir wollen die Zuständigkeiten für einzelne Maßnahmen der Familienförderung besser auf einander abstimmen. Familienleistungen sollen den Eltern möglichst aus einer Hand angeboten werden.
- Wir wollen das Elterngeld weiterentwickeln und Eltern sowie Betriebe durch die Einführung eines Teilelterngeldes unterstützen: Eltern können wählen, ob sie einen vollen oder einen halben Elterngeldmonat nutzen. Teilelterngeld kann dann bis zu 28 Monate bezogen werden. Die Eltern arbeiten reduziert, erhalten für das ausfallende Einkommen Teilelterngeld und können sich Zeit für ihr Neugeborenes nehmen. Die Unternehmen halten ihre Fachkräfte. Auch Alleinerziehende und Selbständige profitieren ohne Abstriche.
- Wir wollen die Kindererziehung noch besser in der Rente berücksichtigen.
- Wir wollen Angehörige von Behinderten von Bürokratie entlasten und den Behindertenpauschbetrag erhöhen.

6. Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

Eltern übernehmen mit der Erziehungsaufgabe eine große Verantwortung. Zugleich leisten sie einen außerordentlichen Beitrag für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Kinder lernen in der Familie Werte, Verhaltensweisen, Fähigkeiten und Kulturtechniken, die für ein gelingendes Miteinander in und außerhalb der Familie wichtig sind. Feste und verlässliche Familienbindungen sind eine gute Basis dafür, dass Kinder das notwendige Selbstwertgefühl und Vertrauen in die Zukunft entwickeln.

Die Aufgabe von Eltern, Kinder für ihr Leben in der heutigen und morgigen Gesellschaft gut zu rüsten, stellt eine große Herausforderung dar. Der rasche gesellschaftliche Wandel, immer komplexer werdende Lebens- und Familienverhältnisse und die unterschiedlichen Wertvorstellungen konfrontieren Eltern mit neuen Problemen, die vielfältige Anforderungen an ihre Erziehungsfähigkeit stellen. Alte überlieferte Erziehungskonzepte helfen nicht mehr, Eltern fragen sich, welche der vielen neuen pädagogischen Konzepte

sich bewähren. Gleichwohl sind die Ansprüche an das partnerschaftliche Zusammenleben und an die Erziehung gestiegen. Junge Menschen werden angesichts dieser Entwicklung viel zu wenig auf ihre Rolle als Eltern und auf die Aufgaben in der Partnerschaft und der Familie vorbereitet. In Fragen des Zusammenlebens, der Kindererziehung, der praktischen Haushaltsführung und der sinnvollen Freizeitgestaltung reagieren Eltern zunehmend verunsichert. Erwünschte und unerwünschte Miterzieher aus den Medien haben an Einfluss gewonnen.

6. 1. Eltern stärken – frühzeitig und vielfältig

Wir wollen Eltern stärken, ihnen im Umgang mit ihren Kindern Sicherheit geben, ihnen klare Orientierungshilfen für die Erziehung und die dafür geeigneten Wege und Mittel bieten. Familienpolitik muss frühzeitig beginnen, stärker präventiv sein und in zahlreichen Bereichen ansetzen. Alle Eltern müssen erreicht werden – nicht nur die bildungsgewohnten Eltern. Erforderlich sind frühzeitige Informationen über Fragen der Partnerschaft und Erziehung. Familien benötigen Unterstützung in Umbruchphasen wie z. B. bei der Geburt des ersten Kindes, bei der Einschulung, bei einem Schulwechsel oder in Krisensituationen, wie Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung.

Für überforderte Eltern haben wir das Aktionsprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ aufgelegt. Mit diesem Bundesprogramm soll der Verwahrlosung und Misshandlung von Kindern wirksam vorgebeugt werden. Noch 2007 nahm dazu das „Nationale Zentrum Frühe Hilfen“ seine Arbeit auf. Dieses breit angelegte Programm beinhaltet ein umfangreiches Maßnahmenpaket, dessen Spannbreite von primärpräventiven Maßnahmen der Information, Aufklärung und Förderung bis hin zu Interventionen zum Schutz gefährdeter Kinder reicht.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat das Thema „Gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ unter Einbeziehung aller Altersgruppen und verschiedener Institutionen sowie der Länder stärker aufgegriffen. Das betrifft insbesondere auch die Verantwortung der Wirtschaft gegenüber Kindern und Jugendlichen in der Werbung.

6.2. Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Erzieherinnen und Erzieher in Kinderbetreuungseinrichtungen sind Partner der Eltern. Sie können Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen, weil sie

Verhaltensauffälligkeiten oft früher erkennen als die Eltern. Gespräche mit den Eltern erfordern Zeit, die die Erzieher heute oft nicht haben. Deshalb muss die pädagogische Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen durch eine Reform der Erzieherausbildung und durch berufsbegleitende Fortbildungsangebote verbessert werden.

Im Regierungsprogramm 2009 – 2013 haben wir uns mit der CSU darauf verständigt, die Qualität in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Kräfte, in der pädagogischen Konzeption und auch in der Zusammenarbeit mit den Eltern zu fördern. Unser Ziel ist es, die Inhalte für Fachkräfte in der Kinderbetreuung gemeinsam mit Ländern und Kommunen praktisch und alltagstauglich zu machen. Wir wollen zwischen Bund, Ländern und den Tarifpartnern konkrete Schritte verabreden, um gut qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen und zu halten.

6.3. Schule

In der Schule sollte bereits Grundwissen zu Erziehungsfragen, Partnerschaft, Haushaltsführung und Ernährungslehre vermittelt werden.

Ganztagsbetreuungseinrichtungen können am Nachmittag Angebote für eine sinnvolle Freizeitgestaltung anbieten, z.B. freiwillige Angebote zur musischen Bildung oder sportlichen Förderung. Ganztagschulen können zu Zentren für Familienbildung und -beratung, zu Treffpunkten für Familien und Kinder entwickelt werden.

6.4. Bildungs- und Beratungseinrichtungen

Eltern- und Familienbildung müssen künftig so selbstverständlich wie der Kindergartenbesuch werden. Familienbildung und –beratungsangebote müssen eine größere Zielgruppe als bisher erreichen. Deshalb müssen die Beratungsstellen werbend auf ihre Angebote aufmerksam machen. Die Mitarbeiter müssen qualifiziert werden, in berufsbegleitenden Fortbildungen und Supervisionen weitergebildet werden. Eine bessere Vernetzung der bestehenden Angebote der Ehe- und Familienberatung ist sinnvoll. Die Medien sind gezielter für die Stärkung der Erziehungskompetenz zu nutzen, da über diese fast alle Eltern erreicht werden.

Im Regierungsprogramm 2009 – 2013 will die Union dazu beitragen, Angebote der Familienbildung und der Erziehungs- und Familienberatung weiterzuentwickeln, besser zu

vernetzen und breiter bekannt zu machen. Sie sollen allen Eltern und Großeltern offen stehen.

6.5. Kommunen

In den Kommunen sollen Familien aktiv in die Familienpolitik vor Ort einbezogen werden - wenn es um Kinderbetreuung, familiengerechte Gestaltung von Baugebieten und Wohnraumangeboten, verkehrsberuhigte Spielzonen, Familienberatung oder um Jugendförderung geht. Der direkte Kontakt zu den Familien ermöglicht, Konzepte besser zu erproben und umzusetzen.

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser fördert das Miteinander und den Austausch der Generationen und schafft ein nachbarschaftliches Netzwerk familiennaher Dienstleistungen. Diese Häuser bieten generationenübergreifend nachbarschaftliche Begegnung, familienorientierte Dienstleistungen, Förderung für Kinder und Beratungsangebote für Familien. In 500 Mehrgenerationenhäusern ist ein nachbarschaftliches Netzwerk entstanden mit 9.000 Angeboten für alle Altersgruppen, die vom offenen Nachbarschafts-Café über die Agentur für Dienstleistungen bis zur Kinderbetreuung reichen.

7. In Unionsregierten Ländern leben Familien mit Kindern besser

Wir meinen es ernst mit der Familienpolitik - und das beweisen wir durch Fakten: in den unionsgeführten Ländern gibt es mehr und kostenfreie Kindergartenplätze und bessere Ganztagsbetreuung als in den SPD-geführten Ländern. Hier einige Beispiele:

- Im CDU-regierten Saarland wird viel für Familien getan. So ist zum Beispiel das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt für die Eltern kostenfrei. Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten von Kindertageseinrichtungen und Schulen ist im Saarland ein freiwilliges flächendeckendes Ganztagsangebot eingeführt worden. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, hat der öffentliche Dienst die Bedingungen für die Teilzeitarbeit verbessert. Auch in saarländischen Krankenhäusern gibt es neuerdings familiengerechte Arbeitszeiten.

- Von den westdeutschen Ländern hat das CDU-geführte Baden-Württemberg die meisten Kindergartenplätze. Dabei wird die Einrichtung von Betriebskindergärten besonders gefördert. Außerdem zahlt Baden-Württemberg ein Landeserziehungsgeld. Die dafür gültigen Einkommensgrenzen wurden heraufgesetzt und der Betrag für dritte und weitere Kinder ab dem Geburtsjahr 2001 erhöht.
- Mit seiner „Familienpolitischen Offensive“ steckt das Land Hessen mehrere Millionen Euro zusätzlich in die Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren und für Schulkinder. So werden zum Beispiel die Öffnungszeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen erweitert und das Netz der individuellen Betreuung durch Tagesmütter vergrößert. Darüber hinaus baut das CDU-regierte Hessen seine Betreuungsangebote an Grundschulen aus. Durch die weitgehende Erfüllung des Stundenplans und eine entsprechende Unterrichtsorganisation wird die verlässliche Halbtagsgrundschule sichergestellt.
- In Hamburg hat jedes Kind unter 3 Jahren berufstätiger Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz oder auf Tagespflege. Von 2005 an kann jedem Kind im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt – unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern – ein 5-stündiger Kindergartenplatz mit Mittagessen angeboten werden. Damit Eltern bei Bedarf Hilfe und Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder erhalten, wurde das Angebot der Familienförderung ausgebaut.
- Mit Hilfe des Landes Niedersachsen haben Kommunen und freie Träger in den letzten Jahren landesweit etwa 80.000 neue Plätze in Kindertageseinrichtungen geschaffen. Etwa ein Fünftel der Kindergartenkinder kann jetzt ganztags im Kindergarten betreut werden. Außerdem bietet die Landesregierung den Familien Zuschüsse für Familienerholung und unterstützt junge Mütter in sozial schwieriger Lage sowie Eltern mit schwerstkranken Kindern.
- Bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren und bei der Hortbetreuung steht Bayern an der Spitze der westlichen Flächenländer. Außerdem ist der landesweite Ausbau der Kindergärten so gut wie abgeschlossen: Mit einem Versorgungsgrad von 99,1 Prozent kann nahezu jedem Kind in Bayern ein Kindergartenplatz angeboten werden. Auch Bayern zahlt ein Landeserziehungsgeld.

- Das CDU-geführte Sachsen-Anhalt hat 2003 ein neues Kinderförderungsgesetz verabschiedet. Dadurch fließen rund 5 Millionen Euro zusätzlich in ein Investitionsprogramm für Kindergärten. Neu im Gesetz verankert wurde auch das Angebot der öffentlich mitfinanzierten Tagespflege. Gemeinden haben damit die Möglichkeit, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz durch eine Tagespflegestelle zu erfüllen. In Sachsen-Anhalt gibt es einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung von der Geburt bis zum 14. Lebensjahr.
- In Thüringen unterstützt die CDU-Landesregierung Eltern mit einem Landeserziehungsgeld, das im Anschluss an das Elterngeld gezahlt wird. Außerdem sorgt Thüringen für ausreichend Krippenplätze und die Tagesmütterbetreuung für Kinder bis 2 ½ Jahre, für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz schon für Kinder ab 2 ½ Jahre, für einen rechtlich abgesicherten Hortplatz im Grundschulalter, das flächendeckende Mittagessenangebot an Schulen und Kindertagesstätten und für ein Sonderprogramm zur Förderung von Spielplätzen.
- Die Unionsgeführten Länder Hessen, Baden-Württemberg und Bayern haben bei der schulischen Ganztagsbetreuung bereits zukunftsweisende Weichenstellungen vorgenommen.
- In Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und im Saarland sind Konzepte entwickelt worden, die auf die vorschulische Förderung der Kinder abzielen.